

## Stellt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Bedrohung für die Demokratie dar?

Autoren: : Jean-Claude Mignon, René Rouquet



Auch wenn das Prozessverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit fast übermäßigem Aufwand verbunden ist – die allgemeine Frage nach der Art und Weise, wie eine bisher unerreichte judikative Macht in diesem 21. Jahrhundert mit dem Respekt vor der Demokratie vereint werden kann, stellt sich weiterhin. Denn es ist wahr, dass der "Rechtsstaat" allen voran denjenigen gehört, die ihn auslegen. Diese Tatsache verlangt jedoch nach einem grenzübergreifenden Nachdenken aller Akteure auf europäischem Niveau – und zwar ohne Demagogie oder missbräuchliche Vereinfachungen und ohne den Fehler zu machen die eine Jurisdiktion mehr als eine andere in Frage zu stellen. Dies ist die Schlussfolgerung einer Studie von Jean-Claude Mignon, einem französischen Abgeordneten und früheren Präsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie von René Rouquet, einem Abgeordneten aus Val-de-Marne und Präsidenten der parlamentarischen Delegation Frankreichs bei der PACE.

[Fortsetzung](#)

### Übersicht

**Wahlen** : Italien - Estland **Stiftung** : Lille **Kommission** : Märkte/Kapital - Transparenz - Bulgarien/Rumänien **Parlament** : Einigung/Geldwäsche **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen - Landwirtschaft/Fischerei - Eurogruppe - Terrorismus - Justiz - Ausschuss/Regionen **Diplomatie** : Russland **Gerichtshof** : Integration **Deutschland** : Wirtschaft **Estland** : OECD **Frankreich** : Terrorismus - China - Frankreich/Polen **Griechenland** : Regierung - Neuverhandlungen/Schulden? **Italien** : Wahlreform **Niederlande** : Gesundheit **Polen** : Gedenken/Auschwitz **Ukraine** : Keine Einigung - Hilfen/EU **Europarat** : Ukraine/Russland **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation - Tourismus **Berichte/Studien** : Beschäftigung - EGMR **Kultur** : Venedig/Karneval - Ausstellung/Schoah - Ausstellung/London - Berlinale

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

### Wahlen :

#### Sergio Mattarella neuer Präsident der Republik Italien



Der Verfassungsrichter Sergio Mattarella ist am 31. Januar zum Präsidenten der Republik Italien gewählt worden. Er erhielt im 4. Wahlgang 665 (von 995) Stimmen – das sind 150 mehr als die erforderlichen 505, um seinem Vorgänger Giorgio Napolitano nachfolgen zu können. Letzterer war am vergangenen 14. Januar von seinem Amt zurückgetreten. Mit 73 Jahren ist Sergio Mattarella, welcher der demokratischen Partei nahesteht, seit 11. Oktober 2011 Richter des Verfassungsgerichts gewesen. Er wird am 3. Februar als 12. Präsident der Republik Italiens mit einem Mandat für 7 Jahre vereidigt... [Fortsetzung](#)

#### Parlamentswahlen in Estland

979 910 Esten werden am 1. März an die Urnen gerufen, um die 101



Mitglieder der Riigikogu, der einzigen Kammer des Parlaments, neu zu wählen. Die Abgeordneten werden alle vier Jahre nach Verhältniswahlrecht in den 12 Wahlkreisen bestimmt. 4 politische Parteien sind aktuell in der Riigikogu vertreten: Die Reformpartei (ER) von Premierminister Taavi Roivas, die Zentrumspartei (K), die Union für das Vaterland - Res Publica (IRL) und die Sozialdemokraten (SDE). Einer vom Institut TNS Emor für die Tageszeitung Postimees durchgeführten Studie zufolge wird die Reformpartei die Wahlen am 1. März für sich entscheiden. Mit 25% der Stimmen liegt sie vor der Zentrumspartei, die 22% der Stimmen erreicht. Die Sozialdemokraten können mit momentan 18% rechnen, die Union für das Vaterland - Res Publica mit 15% und die neue Freie Partei Estlands mit 8%. Die konservative Volkspartei (EKRE) erhält den Schätzungen zufolge 5%... [Fortsetzung](#)

#### Stiftung :

##### Die christlichen Wurzeln Europas



Am 5. Februar veranstaltet das Dominikaner-Kloster von Lille eine Konferenz mit dem Archivar Jacques Portevin. Der Titel lautet "Die christlichen Wurzeln Europas: Das Engagement Robert Schumans".. [Fortsetzung](#)

#### Kommission :

##### Europäische Kommission unternimmt weitere Schritte in Richtung Kapitalmarktunion



Die Europäische Kommission hat am 28. Januar ein Projekt zur Schaffung einer Kapitalmarktunion für die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgestellt. Es soll die grenzübergreifenden Investitionsbeschränkungen überwinden und die Finanzierungskosten in der EU senken. Bei dem Projekt handelt es sich um einen der Kernpunkte des Arbeitsprogramms der Kommission, da der einheitliche Kapitalmarkt auch die Mobilisierung von Privatkapital im Rahmen des "Investitionsplans für Europa" gewährleisten soll. Das Projekt für die Kapitalmarktunion ist Konsens im Kollegium der Kommissare, die ein Weißbuch für den nächsten Monat verabschieden wollen. Dazu sollen "alle interessierten Parteien auf dem Weg kennengelernt und die potenziellen Handlungsfelder identifiziert werden"... [Fortsetzung](#)

##### Neue Vorschriften zum EU-Transparenzregister



Eine neue Version des EU-Transparenzregisters, die von der Kommission und vom Parlament gemeinsam erarbeitet wurde, ist seit dem 27. Januar verfügbar. Mit dieser "zweiten Generation" des Registers werden die Bestimmungen der überarbeiteten interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission von April 2014 umgesetzt. Das neue System umfasst Änderungen in Bezug auf die Angaben über die für Lobbying eingesetzten Personalressourcen und verlangt zusätzliche Informationen über die Beteiligung an Ausschüssen, Foren, Arbeitsgruppen und ähnlichen Strukturen der EU sowie über die derzeit beobachteten Rechtsetzungsvorhaben. Darüber hinaus sind nun alle registrierten Organisationen und Einzelpersonen verpflichtet, die geschätzten Kosten ihrer Lobbying-Aktivitäten anzugeben. Mit dem gestrafften Melde- und Beschwerdeverfahren können möglicherweise irreführende Informationen besser und effizienter kontrolliert werden... [Fortsetzung](#)

##### Kommissionsbericht zur Korruption in Bulgarien und Rumänien



Die Europäische Kommission hat am 28. Januar ihre jährlichen Berichte über die Entwicklung der Korruptionsbekämpfung in Rumänien und Bulgarien im Jahr 2014 veröffentlicht. Dem Bericht zufolge hat Bulgarien ernstzunehmende Probleme mit der organisierten Kriminalität und dem Schutz von Zeugen. Die Fälle, in denen wichtige Vorfälle von Korruption und organisierter Kriminalität vor Gericht behandelt wurden, bleiben die große Ausnahme. Das Fehlen einer unabhängigen Justiz und die politische Instabilität verstärken die Probleme nur noch. Die Kommission bemerkt diesbezüglich, dass größere Anstrengungen seitens des Obersten Richterrates bei der Überprüfung der Arbeitsweise der tätigen Gerichte notwendig sind. Das gleiche gilt für Kontrolle der Staatsanwälte und den Fortgang von Reformen im Bereich der Staatsanwaltschafts. Mit Blick auf Rumänien stellt der Bericht eine ganze Reihe von Fortschritten im Kampf gegen die Korruption fest. Die hauptverantwortlichen

Justizinstitutionen haben die Korruptionsbekämpfung zu einer Priorität gemacht und ihre Absicht bekundet, die Unabhängigkeit des Justizsystems verteidigen zu wollen, um so auch das Vertrauen der Rumänen wiederherzustellen. Diese Fortschritte müssen aber gefestigt und weiter abgesichert werden. Einige Probleme sind weiter ungelöst, wie etwa die Tatsache, dass sich das Parlament beharrlich weigert letztinstanzliche Entscheidungen der Justiz oder des Verfassungsgerichtes umzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Parlament :

##### Einigung zwischen Parlament und Rat über Geldwäsche und Kapitalüberweisungen



Parlament und Rat haben sich am 27. Januar auf eine Richtlinie für den Kampf gegen Geldwäsche (Kapital, das jährlich 2% bis 5% des weltweiten BIPs ausmacht), aber auch gegen fiskalpolitische Verstöße und die Finanzierung von Terrorismus geeinigt. Außerdem wurden Regelungen, die auf eine schnellere Überprüfung von Kapitalüberweisungen abzielen, diskutiert. In Zukunft könnten "faktische" Eigentümer eines Unternehmens (die ein Unternehmen tatsächlich kontrollieren und besitzen) ebenfalls in den Zentralregistern der europäischen Staaten eingetragen werden. Im Anschluss sind sie dann für Behörden und andere Personen "mit einem legitimen Interesse" zugänglich. Die Beschlüsse müssen durch das Parlament und anschließend durch den Rat noch abschließend genehmigt werden... [Fortsetzung](#)

#### Rat der Europäischen Union :

##### Beschlüsse des Rates für Wirtschaft und Finanzen



Am 27. Januar haben die 28 europäischen Wirtschafts- und Finanzminister einen Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen diskutiert. Damit unterstrichen sie ihre Absicht, im März 2015 eine Einigung zu erreichen und die ersten Investitionsprogramme Mitte des Jahres umzusetzen. Sie diskutierten außerdem den Vorschlag der Kommission, eine makrofinanzielle Hilfe von bis zu 1,8 Mrd € an die Ukraine zu vergeben und wiesen darauf hin, dass eine Antwort "sehr schnell" zu finden sei. Darüber hinaus änderten die Minister eine Richtlinie zum Verhältnis von Mutter- und Tochtergesellschaften ab, indem sie eine Anti-Missbrauchs-Klausel gegen die Aushöhlung und fiskalpolitische Optimierung verabschiedeten. Dadurch soll bessere Umsetzung der Richtlinie in allen Mitgliedstaaten gefördert werden. Zuletzt genehmigten sie zwei Beschlüsse mit dem Europaparlament: Der erste schafft neue Regeln, um gegen Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus vorzugehen. Der zweite betrifft neue Vorschriften, um die Qualität und Zuverlässigkeit der Statistiken der EU zu fördern... [Fortsetzung](#)

##### Rat für Landwirtschaft und Fischerei



Am 26. Januar hat die lettische Präsidentschaft den Ministern des Ressorts Landwirtschaft und Fischerei ihre Roadmap vorgestellt. Als Prioritäten stellte man eine biologische Landwirtschaft und die Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor. Ein Programm mit dem Ziel den Fischfang verschiedener Arten (Kabeljau, Hering, Sprotten) im baltischen Meer zu regulieren wurde von den Mitgliedstaaten positiv aufgenommen. Das russische Embargo auf Agrarprodukte wurde ebenfalls angesprochen. Der lettische Minister erklärte, dass die Verhandlungen von allen EU-Staaten aufgenommen werden müssen und jede Sonderbehandlung unzulässig sei... [Fortsetzung](#)

##### Treffen der Eurogruppe



Bei ihrem Treffen am 26. Januar in Brüssel haben die Finanzminister der Eurozone ihre "besondere Motivation mit der neuen griechischen Regierung zusammenzuarbeiten und auf dem Weg eines erneuten Aufschwungs weiterzugehen" zum Ausdruck gebracht. Dies erklärte Jeroen Dijsselbloem, der Vorsitzende der Gruppe. Er wies jedoch auch darauf hin, dass "die großen Probleme der griechischen Wirtschaft nicht vom einen auf den anderen Tag verschwinden, nur weil eine Wahl stattgefunden hat". Die Minister tauschten sich außerdem über den monetären Übergangsprozess in Litauen aus, das den Euro am 1. Januar 2015 offiziell eingeführt hatte. Sie begrüßten in diesem Rahmen den litauischen Finanzminister Rimantas Šadžius als ein "vollwertiges Mitglied der Eurogruppe". Die Minister betonten darüber hinaus die Notwendigkeit einer entschiedenen Vorgehensweise der Mitgliedstaaten hinsichtlich Haushaltskonsolidierung, Investitionen und Strukturreformen. Gleichzeitig forderten sie eine Respektierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um die Wirtschaft in der

Eurozone zu stärken. Schließlich sprachen sie über haushalts- und fiskalpolitische Fragen und begrüßten eine von der Europäischen Kommission erstellte Evaluierung, die den Haushaltsplan Lettlands als konform mit den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bewertet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Terrorismus: Europäische Union stellt Pläne zur Bekämpfung vor



Die 28 Innenminister haben am 29. Januar in Riga einen "konkreten und ambitionierten" Fahrplan vorgestellt, um gegen die Propaganda der radikalen Islamisten vorzugehen und neue Attentate in Europa zu verhindern. In der gemeinsamen Erklärung wurde eine Reihe konkreter Handlungsschritte dargestellt, die auf dem EU-Gipfel am 12. Februar diskutiert werden könnten. Dem Rat zufolge möchte man unter anderem die Kontrollen von EU-Staatsangehörigen bei ihrer Ankunft an den Außengrenzen des Schengenraums und insbesondere den Flughäfen verpflichtend machen. Außerdem solle eine europäische Datenbank für Passagierdaten eingerichtet werden, um die Bewegungen verdächtiger Personen nachvollziehen zu können. Darüber hinaus wolle man technologische Hilfsmittel beschaffen, um dem Informationsaustausch in sozialen Netzwerken zu verfolgen und Webseiten, Bilder und Nachrichten blockieren zu können, die junge Menschen radikalisieren. Schließlich sollen gewisse Kommunikationsarten entschlüsselt werden. Europol, das europäische Kriminalbüro der Polizei werde sich der Aufgabe annehmen. Wie die Minister weiter ausführten wolle man gegen Fälle der Radikalisierung einiger Muslime in Europa, insbesondere im Gefängnis, kämpfen und verhindern, dass diese von islamistischen Gruppierungen rekrutiert werden. Auch solle ihr Reise in die Konfliktzonen in Syrien, Irak und Libyen verhindert und ihre Rückreise nach Europa lokalisierbar werden, um sie unschädlich zu machen. Schätzungen zufolge sind zwischen 3 und 5.000 Staatsangehörige der Mitgliedstaaten in diese Länder ausgereist. 30% sind wieder zurückgekehrt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Zusammenkunft der Justizminister in Riga



Die 28 europäischen Justizminister sind am 30. Januar in Riga zusammengekommen. Sie nahmen die am 29. Januar von den Innenministern verabschiedete Erklärung zur Kenntnis und betonten ihren Willen mit diesen gemeinsam an der Stärkung von Anti-Terror-Maßnahmen auf europäischer Ebene zu arbeiten. Zu diesem Zweck "sollen Rechtsmittel und alle anderen im Justizbereich zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden". Außerdem debattierten die Justizminister, ob die Gesetzgebung zum Datenschutz bei Polizei und Justiz weiter ausgeweitet werden soll. Man diskutierte schlussendlich auch über geeignete Wege eine "Digitalisierung der Justiz" voranzutreiben, um so das Rechtswesen allgemein zu modernisieren und den Bürgern einen besseren Zugang zu verschaffen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Rat ernennt neue Mitglieder für Ausschuss der Regionen



Der Rat hat am 26. Januar die Mitglieder des Ausschusses der Regionen für eine Amtszeit von 5 Jahre, d.h. vom 26. Januar 2015 bis 25. Januar 2020, ernannt. Die 353 auf Vorschlag der Mitgliedstaaten durch den Rat ernannten Mitglieder repräsentieren die Regionen und andere lokale Akteure in der EU. Der Vertrag über die Europäische Union sieht außerdem vor, dass die Mitglieder über ihre Funktion als Repräsentanten regionaler und lokaler Gemeinschaften hinaus mit einem Wahlmandat der von ihnen vertretenen Gebietskörperschaft ausgestattet oder einer gewählten Versammlung gegenüber politisch verantwortlich sind... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Diplomatie :

### Neue Sanktionen gegen Russland



Die Europäische Union wird Anfang Februar neue Namen auf ihre schwarze Liste setzen. Die betroffenen Personen werden damit für ihre Verwicklung im Ukraine-Konflikt bestraft. "Weitere Maßnahmen" befinden sich in Vorbereitung, wie Europas Chefdiplomatin am 29. Januar verlautbaren ließ. Die europäischen Außenminister beschlossen auch die im März festgelegten, gezielten Sanktionen gegen pro-russische Separatisten und deren Verbündete auf russischer Seite bis zum September 2015 zu verlängern, so Federica Mogherini. Derzeit sind 132 Personen von den Sanktionen betroffen. Gegen sie wurde ein Einreiseverbot in die EU verhängt; auch ihre Vermögenswerte wurden eingefroren. Die neuen Namen dürften aller Wahrscheinlichkeit nach "in einer Woche" feststehen, sagte Mogherini. Verabschiedet werden sollen die neuen Vorschläge beim nächsten Treffen der Außenminister am 9. Februar. Bezüglich weiterer, ergänzender Maßnahmen, welche die EU einleiten könnte, erklärte Mogherini, der diplomatische Dienst werde "neue angemessene Schritte vorbereiten"... [Fortsetzung](#)

## Gerichtshof :

### Keine Integrationspflichtprüfung für langfristig Aufenthaltsberechtigte



Der Europäische Gerichtshof hat am 28. Januar über die Anwendung der Richtlinie über die Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger entschieden. Diese sieht vor, dass Staaten von Drittstaatsangehörigen verlangen können, dass diese sich ausreichend integrieren, um ihre langfristige Aufenthaltsgenehmigung zu behalten. Im konkreten Fall hatten die Niederlande zwei ausländische Personen, eine Amerikanerin und eine Neuseeländerin aufgefordert sich einem Integrationstest zu unterziehen, deren Nichterfüllung mit einem Bußgeld geahndet wird. Nach Ansicht von Generalanwalt Maciej Szpunar verstößt eine Integrationspflicht für langfristig Aufenthaltsberechtigte nicht gegen Unionsrecht, die Pflicht zur Ablegung einer Prüfung über die Integration in die Gesellschaft verstößt aber gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Integrationsmaßnahmen müssen demnach das Ziel haben die Eingliederung von ausländischen Staatsangehörigen zu erleichtern, was anhand familiärer, beruflicher und persönlicher Beziehungen (Lebensalltag, Hobbies) gemessen wird... [Fortsetzung](#)

## Deutschland :

### Jahreswirtschaftsbericht für 2015



Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist am 28. Januar veröffentlicht worden. Der Bericht geht von einem Wirtschaftswachstum von 1,5% in diesem Jahr und 1,6% 2016 aus. In weiteren Prognosen rechnet man mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,6% (verglichen mit 6,7% im Jahr 2014) und einem Anstieg der Bruttolöhne auf 3,2%. Die letzte Zahl folgt aus der Einführung des Mindestlohns vom 1. Januar. Die Vorhersagen, die bereits den schwachen Eurokurs und die niedrigen Ölpreise mitberücksichtigen, dürften die Debatte über den Handlungsspielraum der Bundesregierung für weitere Investitionen wieder anheizen... [Fortsetzung](#)

## Estland :

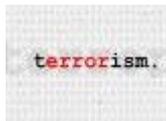
### OECD veröffentlicht Wirtschafts-Studie zu Estland



Am 28. Januar hat die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihren Jahresbericht über die Wirtschaft Estlands veröffentlicht. Die Studie hebt die unterschiedlichen Etappen hervor, die von den estnischen Behörden zur Stärkung des Wachstums auf den Weg gebracht werden könnten. Die OECD konstatiert für Estland trotz des kräftigen Wiederaufschwungs nach der Krise noch immer eine instabile Wirtschaft. So herrsche noch immer ein Mangel an Fachkräften, der an dem steigenden Prozentsatz junger, schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte abzulesen sei. Die OECD empfiehlt deshalb, die Strukturreformen zu beschleunigen, um die Produktivität des Landes zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### Französische Regierung stellt Seite "Stop-Dschihadismus" online



Am 28. Januar hat die französische Regierung eine Webseite (<http://www.stop-djihadisme.gouv.fr/>) online gestellt, die der Prävention und dem Kampf gegen Terrorismus gewidmet ist. Die Online-Präsenz richtet sich an die breite Öffentlichkeit. Auf pädagogische Art und Weise hilft sie Bürgern die Bedeutung und Mittel des Kampfs gegen den Terrorismus zu verstehen und versorgt sie mit praktischen Informationen (Infografiken, Zeugenberichte, Plakate). Das Ziel der Seite ist es die terroristische Bedrohung zu verstehen und die Bürger über Mittel zu informieren, um dagegen vorzugehen. Außerdem sollen die Informationen dabei helfen, Radikalisierung zu entdecken und andere Bürger für diese Problematik zu sensibilisieren. Die Seite ist in die Aktion der Regierung für den Kampf gegen den Terror eingebettet (Diese enthält Punkte wie die Stärkung der juristischen Mittel, des Plan Vigipirate und eines Vorhabens zum Kampf gegen die Radikalisierung im Gefängnis)... [Fortsetzung](#)

### Französischer Premierminister Manuel Valls in China

Der französische Premierminister Manuel Valls ist am 29. und 31. Januar zu einem offiziellen Staatsbesuch nach China gereist. Dort traf



er den chinesischen Präsidenten sowie seinen Amtskollegen und besuchte mehrere französische Unternehmen, darunter die Werkhalle von Airbus in Peking. Das wichtigste Ziel des Treffens lag jedoch in der Stärkung des Austauschs zwischen China und Frankreich. Der Premierminister erinnerte daran, dass Frankreich "offen für China" sei: Investoren, Studenten und Touristen seien in Frankreich besonders willkommen. Frankreich habe darüber hinaus im Jahr 2014 eine Politik zur Erleichterung der Beschaffung touristischer und studentischer Visa für Chinesen im Rahmen der Initiative Frankreichs als "weltweit führender Staat für Tourismus" auf den Weg gebracht. Das Treffen war darüber hinaus eine Gelegenheit, um die Neuausrichtung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu fordern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Französisch-polnisches Treffen im Elysée-Palast



Am 29. Januar hat in Paris erneut ein französisch-polnisches Treffen stattgefunden. Der Besuch von Ewa Kopacz, der polnischen Premierministerin, bei François Hollande fiel in den Rahmen eines am 29. November 2013 auf den Weg gebrachten Kooperationsprogramms zwischen beiden Staaten. Die politischen Entscheidungsträger nutzten die Gelegenheit, um Kernpunkte ihrer Partnerschaft zu diskutieren. In den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Außenpolitik bekräftigten Frankreich und Polen ihren Willen zur diplomatischen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus und für den Frieden in Europa. Dem fortlaufenden Teufelskreis der Gewalt in der Ukraine wolle man Einhalt gewähren. In wirtschaftlicher Hinsicht betonten François Hollande und Ewa Kopacz ihr Ziel, Wachstum und Arbeit in Europa zu fördern. Instrumente dafür seien eine Politik für mehr Investitionen, die Koordinierung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Entscheidungen, ein Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sowie die Entwicklung einer sozialen Dimension in der EU. Schließlich besprach man Kooperationen bei Themen wie Energiesicherheit und der Förderung von Partnerschaften in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Hochschulbildung. Das nächste bilaterale Treffen wird in Polen Anfang 2016 stattfinden... [Fortsetzung](#)

#### Griechenland :

##### Neue Regierung in Griechenland



Alexis Tsipras, der Vorsitzende der radikalen Linkspartei Syriza, ist offiziell zum Ministerpräsidenten Griechenlands erklärt worden. Er wurde am 26. Januar vom griechischen Präsidenten Karolos Papoulias ins Amt eingeführt. Um trotz der bei den Wahlen am 25. Januar verfehlten absoluten Mehrheit genug Sitze im Parlament zu erhalten, war die Syriza-Partei eine Koalition mit den Unabhängigen Griechen (Anel), einer euroskeptischen und nationalkonservativen Partei, eingegangen. Beide Parteien verfügen gemeinsam mit 162 von 300 Sitzen über eine Mehrheit im Parlament. Alexis Tsipras stellte seine Regierung am 27. Januar vor: Sie zählt 16 Minister, unter denen sich nur eine einzige Frau befindet. Der Wirtschaftswissenschaftler Yanis Varoufakis, einer der "Radikalen gegen Austerität" wurde zum Finanzminister ernannt. Der für Verhandlungen mit der EU zuständige Vizepremierminister ist Giannis Dragasakis – Nikos Kotzias ist zum Außenminister ernannt worden. Die europaskeptische und nationalkonservative Partei der Unabhängigen Griechen erhält für ihren Vorsitzenden Panos Kammenos das Verteidigungsressort... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

##### Athen verlangt von Europa mehr Zeit um ein neues Schuldenabkommen auszuarbeiten



Anlässlich der ersten Kabinettsitzung mit seinen Ministern am 28. Januar hat der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras seinen Willen bekräftigt "eine Erleichterung der Schulden" verhandeln zu wollen. Gleichzeitig wünschte er "eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten vorteilhafte" Lösung mit seinen Gläubigern. Darüber hinaus kündigte er eine Reihe von "Anti-Austeritäts-Maßnahmen" an, darunter die Beendigung der Privatisierung der Häfen von Piräus und Thessaloniki. Im Anschluss an seinen offiziellen Staatsbesuch in Griechenland betonte Martin Schulz, der Präsident des europäischen Parlaments, dass die Verhandlungen zwischen Griechenland und der EU über die Schulden "nur auf dem Weg der Konsensfindung und nicht der Provokation" funktionieren könne. Die politische und wirtschaftliche Situation des Landes sei ihm zufolge "zerbrechlich, aber nicht zum Verzweifeln". "Die Abkommen zu ignorieren ist kein guter Weg", meinte auch Jeroen Dijsselbloem, der Präsident der Eurogruppe, während seines Treffens mit der neuen griechischen Regierung am 30. Januar in Athen. Am selben Tag erklärte der portugiesische

Premierminister, Pedro Passos Coelho, dass er sich gegen jede Diskussion stelle, die Investoren abschrecken könnte. Er versicherte, dass Portugal der griechischen Bitte nach einer Neustrukturierung der Schulden nicht folgen werde. In einem Interview für Die Welt am 31. Januar lehnte Bundeskanzlerin Merkel die Möglichkeit eines "Schuldenschnitts" kategorisch ab und erinnerte daran, dass "Griechenland bereits Milliarden Euro an Bankenschulden" erlassen worden seien. Europa werde weiterhin Solidarität für Griechenland wie auch andere besonders von der Krise betroffene Länder zeigen, wenn diese Länder eigene Reform- und Sparanstrengungen unternehmen. Schließlich erklärte Michel Sapin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem Amtskollegen Yanis Varoufakis, dass er sich eine grenzübergreifende Einigung zur finanziellen Situation Griechenlands wünsche. Diese solle "bis Ende Mai" vereinbart werden und die Regierung von Alexis Tsipras dürfe bis dahin "keine neuen Darlehen" von Gläubigern verlangen... [Fortsetzung](#)

Italien :

#### Reform der Wahlgesetzgebung in Italien



Die Wahlrechtsreform ist am 27. Januar vom italienischen Senat mit 184 Stimmen, bei 66 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen verabschiedet worden. Die vorgenommenen Änderungen sehen vor, dass die Schwelle von 40% für den Sieger des ersten Wahlgangs überschritten werden muss, um eine "Prämie" zu erhalten; die Möglichkeit einer Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten bleibt ebenso erhalten wie eine Sperrminorität von 3%. Das neue Wahlgesetz soll zum 1. Juli 2016 in Kraft treten. Außerdem verabschiedete der Senat eine weitere Änderung, die Bürgern eine Briefwahl erlaubt, wenn sie aus beruflichen oder medizinischen Gründen sowie einem Auslandsstudium für eine Zeit von mindestens drei Monaten im Ausland sind. Anlass hierfür war eine heftige Kontroverse um die Erasmus-Studenten bei den letzten Wahlen von 2013 gewesen. Die Reform muss noch vom Abgeordnetenhaus verabschiedet werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Niederlande :

#### Niederlande besitzen das beste Gesundheitssystem in Europa



Die schwedische NGO Health Consumer Powerhouse veröffentlicht jedes Jahr ein Ranking für Gesundheitssysteme in der EU. Der für 2014 erschienenen Ausgabe des "Euro Health Consumer Index" zufolge besitzen die Niederlande das beste europäische Gesundheitssystem. Damit setzt sich der Staat mit 898 von 1000 möglichen Punkten gegen die Schweiz und Norwegen durch. Die Niederlande konnte den Sieg somit bereits im fünften Jahr in Folge für sich entscheiden. Der europäische Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis, war bei der Präsentation des Rankings für das Jahr 2014 in Brüssel persönlich anwesend. In seiner Rede betonte er seine Unterstützung für Ranglisten dieser Art, um einen Ideenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern und best practices im Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu sammeln... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

#### Gedenken zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz



Am 27. Januar haben eine Reihe von europäischen Staats- und Regierungschefs an den Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau durch Truppen der Roten Armee teilgenommen. Sie wurden vom polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski und im Beisein 300 früherer Gefangener empfangen. Gemeinsam schritten sie die 700 Meter von der "Pforte des Todes" bis zu den Ruinen der Krematoriumsöfen – ein symbolischer Weg in Gedenken an all diejenigen, die direkt nach ihrer Ankunft als nicht-arbeitsfähig beurteilt wurden... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

#### Keine Einigung nach Verhandlungen in Minsk



Die Friedensverhandlungen im Konflikt um den separatistischen pro-russischen Osten sind am 31. Januar in Minsk ohne Einigung zu Ende gegangen. Dies verkündete der frühere ukrainische Präsident Leonid Kutschma in Kiew und beschuldigte die Rebellen dafür, die Gespräche zum Scheitern gebracht zu haben. "Die Beratungen von Minsk sind gescheitert", so Herr Kutschma. Er erklärte außerdem, dass die Anführer der separatistischen Republiken, welche die vorangegangenen Bestimmungen unterzeichnet hatten, nur nach Minsk gekommen seien, um "sich zu weigern Maßnahmen für eine sofortige Feuerpause und die Ablehnung schwerer Waffensysteme zu diskutieren". "Die

ukrainische Seite akzeptiert kein Ultimatum", führte er weiter aus. Die Verhandlung zwischen der Kontaktgruppe bestehend aus Herr Kutschma, Vertretern Russlands und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und Rebellen in der Weißrussischen Hauptstadt haben mehr als 4 Stunden gedauert. Am selben Ort war im September ein Friedensabkommen unterzeichnet worden, der jedoch nur in sehr geringem Maß eingehalten wurde... [Fortsetzung](#)

#### Europa verstärkt Hilfen an Ukraine



Nachdem die Bombardierung des Hafens von Mariupol am 24. Januar 30 Tote gefordert und mehr als 80 Verletzte zur Folge hatte, entschied Christos Stylianides, EU-Kommissar für humanitäre Hilfen und Krisenmanagement, am 26. Januar die humanitären Hilfen an die Ukraine zu verstärken. Die Hilfen bestehen aus 15 Millionen zusätzlichen Euro für humanitäre Hilfen, die der ukrainischen Bevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten helfen sollen. Zu diesem Zwecke werden Obdach, Lebensmittel, Trinkwasser und sanitäre Hilfsgüter in die Stadt Dnipropetrowsk im Osten der Ukraine gebracht. Europa wolle außerdem seine Unterstützung des Landes zu betonen, da das Gewaltniveau trotz der wiederholten Mahnungen der EU gegenüber Russland weiter ansteige... [Fortsetzung](#)

#### Europarat :

Generalsekretär des Europarats: "Keine dauerhafte Waffenruhe ohne politische Lösung"



In seiner vor der parlamentarischen Versammlung des Europarats gehaltenen Rede am 29. Januar erklärte der Generalsekretär der Institution, Thorbjørn Jagland, dass eine "dauerhafte" Waffenruhe ohne politische Lösung in der Ukraine nicht möglich sei. Er bekräftigte die Unterstützung des Europarats für konstitutionelle und demokratische Reformen in der Ukraine. Im Bezug auf Russland betonte er die Notwendigkeit an der Schaffung einer "echten Zivilgesellschaft" im Land mitzuwirken. Thorbjørn Jagland erinnerte außerdem daran, dass NGOs "freie Akteure der Demokratie" seien und es deshalb nicht mehr dem "21. Jahrhundert" entspreche, sie – wie es der Kreml häufig tue – als "ausländische Agenten" zu behandeln... [Fortsetzung](#)

#### Eurostat :

##### Erneuter Rückgang der Arbeitslosenquote in der Europäischen Union im Dezember



In der Eurozone hat sich die Arbeitslosenquote im Dezember 2014 auf 11,4% eingependelt. Dies stellt einen leichten Rückgang im Vergleich zu den 11,5% des Vormonats und den 11,8% im Dezember 2013 dar. Es handelt sich somit um die niedrigste Arbeitslosenquote der Eurozone seit August 2012. In der Europäischen Union beläuft sich die Arbeitslosenquote im Dezember 2014 auf 9,9% und weist somit ebenfalls einen Rückgang im Vergleich zu dem Wert von 10% im Vormonat und von 10,6% im Dezember 2013 auf. Die Arbeitslosenquote der EU fällt in der Folge erstmals seit Oktober 2011 unter die Marke von 10%. In den Mitgliedsstaaten wurden die niedrigsten Arbeitslosenzahlen für Deutschland (4,8%) und Österreich (4,9%) festgestellt. Am höchsten lagen sie in Griechenland (25,8% im Oktober 2014) und in Spanien (23,7%). Die Zahlen wurden am 30. Januar von Eurostat, dem offiziellen statistischen Amt der EU, veröffentlicht... [Fortsetzung](#)

##### Inflationsrate im Januar noch immer negativ (-0,6%)



Die Inflationsrate könnte im Januar 2015 weiterhin abgefallen sein. Nachdem sie bereits letzten Monat negativ war (-0,2%) schätzt sie eine Studie von Eurostat vom 30. Januar auf nun -0,6%. Dem Bericht zufolge seien die sinkenden Raten stark vom Einbruch der Energiepreise (-8,9% im Januar), aber auch der Lebensmitteln, alkoholischen Getränken und von Tabak (-0,1% gegenüber 0% im Dezember) beeinflusst. Mit +1% sei der Studie zufolge der einzige Anstieg im Dienstleistungssektor zu verzeichnen... [Fortsetzung](#)

##### Tourismus in Europa wächst weiterhin

Auch wenn die Finanzkrise einen negativen Einfluss auf den europäischen Tourismus gehabt hat ist die Zahl der Touristenbesuche in der EU im fünften Jahr in Folge gestiegen: Die Zahl der in



touristischen Unterkünften verbrachten Nächte betrug 2014 ungefähr 2,7 Mrd. Dies stellt im Vergleich zu 2013 einen Anstieg um 1,7% dar. Obwohl Frankreich und Spanien die beliebtesten Reiseziele bleiben, weist Frankreich einen leichten Besucherrückgang auf (-1,2% im Vergleich zu 2013). In Spanien setzt sich der steigende Trend hingegen fort (+3,1%): Das Land verzeichnet 21% aller Besuche von nicht in der EU-ansässigen Bürgern. Die stärksten Wachstumsraten wurden für Lettland, Belgien, Portugal und Griechenland erhoben. Die Slowakei, Finnland und sogar Italien mussten sinkende Touristenbesuche hinnehmen... [Fortsetzung](#)

#### Berichte/Studien :

**Investitionsplan: Nach Angaben der IAO könnten mehr als 2,1 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden**



Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat am 28. Januar den Bericht "Eine Investitionsstrategie für mehr Beschäftigung in Europa" vorgelegt, demzufolge durch den Investitionsplan der Europäischen Kommission mehr als 2,1 Millionen neue Jobs bis Mitte 2018 geschaffen werden können. Die IAO schätzt, dass durch die gemeinsamen Investitionsanstrengungen des öffentlichen und privaten Sektors über 315 Milliarden Euro allgemein die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden kann. Sie stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Beendigung der Beschäftigungskrise dar. Nichtsdestotrotz zeigt der Bericht auch, dass der Plan der Kommission auf einen beträchtlichen Teil privater Investitionen angewiesen ist – insbesondere in kleinen Betrieben, die nicht selten der Motor bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind. Ansonsten kann es zu keinen nennenswerten Fortschritten kommen. Die Kommission muss ebenso die großen Ungleichgewichte angehen, die in Sachen Arbeitslosigkeit auf der europäischen Ebene existieren. Erst dann können die schwächsten Ökonomien überhaupt erst von diesem Fond profitieren. Die Internationale Arbeitsorganisation betont deshalb, dass der Investitionsplan von einer "Strategie für langfristige und qualifizierte Arbeitsplätze sowie Reformen gegen die Ungleichgewichte" begleitet werden muss... [Fortsetzung](#)

**Jahresbericht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte**



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 29. Januar seinen Jahresrechnungsbildbericht für 2014 vorgelegt. Präsident Dean Spielmann erklärt darin, dass sich der positive Kurs von 2013 fortsetzt und die Eingaben um 30% abgenommen hätten. Dieser Rückgang kann mit den neuen Anforderungen an eine Eingabe erklärt werden, die nun von Juristen aufgesetzt werden müssen. Spielmann betonte auch, wie wichtig es sei, dass zunächst jeder Mitgliedsstaat dafür sorgt häufig auftretende Probleme auf nationaler Ebene zu lösen, ehe sie vor den Europäischen Gerichtshof gebracht werden. Mit Blick auf die Länderstatistik entfielen die meisten Urteile – die mindestens eine Verletzung der Allgemeinen Konvention darstellen – auf Russland (122 Urteile), Türkei (94 Urteile), Rumänien (74 Urteile), Griechenland (50 Urteile) und Ungarn (49 Urteile). Außerdem richtet sich die Mehrheit der zum 31. Dezember 2014 noch schwebenden Verfahren gegen die Ukraine (19,5%), Italien (14,4%), Russland (14,3%) und die Türkei (13,6%)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Kultur :

**Karneval von Venedig 2015**



Am 31. Januar und am 1. Februar – und somit 10 Tage vor dem Aschermittwoch – haben die Eröffnungszeremonien des Karnevals von Venedig mit einem großen Paukenschlag begonnen. Die Aufführungen vereinen Darbietungen auf den Kanälen, dem Festland und in der Luft! Die Festlichkeiten dauern noch bis 17. Februar an. Wie immer sind viele Masken, Dreispitze und Kostüme zu sehen, außerdem werden zahlreiche Events zu der Königlichkeit des Karnevals beitragen: "La Traviata" von Verdi, "Der Liebestrank" und die Opera buffa "Don Pasquale" von Donizetti – alle drei dirigiert von Omer Meir Wellber – sind im Theaterprogramm des Teatro La Fenice zu sehen, das zudem einen großen Kostümball am 14. Februar veranstaltet. Die Hafengebiete des Arsenal empfangen schließlich eine Reihe von zeitgenössischen Schauspielen. Das schönste Kostüm wird im Theater am Markusplatz am 7. Februar gekürt... [Fortsetzung](#)

**Ausstellung in Gedenken an die Shoah "Krieg filmen: Die Sowjets und die Shoah (1941-46)"**

Anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des Arbeitslagers



präsentiert das Mémorial de la Shoah bis 27. September 2015 die Ausstellung "Krieg filmen: Die Sowjets und die Schoah (1941-46)". Die Werkschau zeigt meist autorenlose Fotografien der Grabaushebungen, der Spuren der Massenexekutionen in Osteuropa ( Babi Yar, Rostov, Krasnodar, Kertch, etc.) und schließlich der Befreiung der Konzentrations- und Arbeitslager (Klooga, Maidanek, Auschwitz...). Zuletzt werden auch Bilder der Exekutionen und Prozesse gezeigt, die auf die Befreiung folgten... [Fortsetzung](#)

#### Ausstellung "Rubens and His Legacy"



Vom 24. Januar bis 10. April 2015 zeigt die Royal Academy of Arts in London die Ausstellung "Rubens and His Legacy - Van Dyck to Cézanne". "Rubens and His Legacy" zeigt Meisterwerke des flämischen Barock und wichtige Werke großer Künstler, die in den Generationen nach Rubens von ihm beeinflusst wurden (Picasso, Rembrandt, Van Dyck, Delacroix, Constable und Gainsborough). Rubens Kunst umfasst ein großes Spektrum an Themen, darunter religiöse und mythologische Darstellungen, Landschaftsgemälde und Portraits. Jede dieser Domänen ist in der Werkschau im Lichte von sechs Themen dargestellt: Macht, Luxus, Mitgefühl, Eleganz, Poesie und Gewalt... [Fortsetzung](#)

#### 65. Internationale Filmfestspiele Berlin – Berlinale



Am Donnerstag, den 5. Februar, werden in Berlin die 65. internationalen Filmfestspiele der Berlinale eröffnet. Seit ihrer erstmaligen Ausrichtung im Jahr 1951 durch die Alliierten soll die Berlinale eine "Aushängeschild der freien Welt" darstellen. Gemeinsam mit Cannes und Venedig gilt sie heute als eines der größten internationalen Filmfeste. 2015 möchte der Vorsitzende Dieter Kosslick den Topoi der Gedankenfreiheit und des weiblichen Geschlechts widmen. In seiner Eröffnungsrede hob er die mutigen Positionen der Künstler zu Themen wie Religion, Einwanderung und Homophobie hervor. Dieter Kosslick hofft außerdem, dass das Programm der Berlinale ein Garant für die Freiheit der Gedanken ist. 10 Tage lang wird die Jury (zu der u.a. Audrey Tautou, Darren Aronofsky und Daniel Brühl zählen) 19 Filme sehen und die goldenen und silbernen Bären vergeben... [Fortsetzung](#)

#### Agenda :



2. bis 5. Februar

Brüssel

Woche der parlamentarischen Ausschüsse im Europaparlament



2. bis 6. Februar

Brüssel

8. Verhandlungsrunde zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten über ein Freihandelsabkommen



6. Februar

Riga

Konferenz für eine Energieunion (Treffen der europäischen Energieminister)



7. Februar

Beginn der Präsidentschaftswahl in Griechenland



9. Februar

Brüssel

Rat "Auswärtige Angelegenheiten"

9  
Feb

9. bis 12. Februar  
Straßburg  
Plenarsitzung des Europaparlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

#### Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Guillaume Anglars, Romain Denninger, Flora Dumont,  
Marguerite Richelme, Noémie Rossi, Francesca Tortorella

**Chefredakteur : Charles de Marcilly**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

---

**Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}